Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1935

67 (20.3.1935)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

Durlacher Wochenblatt gegründet 1829 / Heimatblatt für die Stadt Durlach und den Amtsbezirk Karlsruhe

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- und Feiertag ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,50 Mark, durch die Post bezogen 1,86 Mark. Einzelnummer 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Adolf Dups, Kommanditgesellschaft, Durlach, Mittelstr. 6. Geschäftsstelle: Adolf Hitlerstr. 53, Fernspr. 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10 101. Verantwortlich für den Gesamtinhalt: Luise Dups, Durlach. D. A. II. 3400.

Anzeigenberechnung: Die 6gespaltene Millimeterzeile (46 Millimeter breit) 6 Pfennig, Millimeterzeile im Textteil 18 Pfennig. Z. Zt. ist Preisliste Nr. 3 gültig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor, nachmittags 17 Uhr, für kleine Anzeigen am Erscheinungstag 8 Uhr vormittags. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 67 — **Mittwoch, den 20. März 1935** — **106. Jahrgang**

Kurze Tagesübersicht

Die englische Note nach Berlin wurde nun veröffentlicht. Sie enthält einen Protest gegen die Bekanntgabe der Heeresstärke und zugleich die bekannte Anfrage über den Verhandlungsplan.

*

Es steht nunmehr fest, daß Sir John Simon und Lord Eden am Sonntag abend in Berlin eintreffen.

*

Auch Paris bereitet eine Protestnote für Berlin vor, es besteht Verstimmung und teilweise scharfe Kritik über die Haltung Englands.

*

Ein französischer Ministerrat soll am Mittwoch die Entscheidung treffen über einen Protestschritt in Berlin.

*

Das belgische Kabinett Theunis ist zurückgetreten, es wird begründet mit den Angriffen auf die belgische Währung, die bekanntlich in der letzten Woche stark abgesunken ist.

*

Am Dienstag abend traf überraschend der Führer und Reichskanzler in Stuttgart ein und nahm im Hotel Viktoria Wohnung. Die Bevölkerung brachte ihm im Laufe des Abends begeisterte Huldigungen.

Der Führer in Augsburg und Stuttgart

Augsburg, 19. März. Der strahlend schöne Josephi-Tag brachte dem Augsburger eine ganz unerwartete Freude. Gegen 1 Uhr mittags traf plötzlich der Führer und Reichskanzler in Begleitung seines engeren Stabes im Kraftwagen ein, um im Hotel „Drei Mohren" kurze Mittagsrast zu halten. Vor dem Hotel sammelten sich sofort Tausende und Abertausende von Menschen an. Von allen Seiten strömten sie herbei. Bald war die breite Straße ein einziges wogendes Menschenmeer. Der Straßenbahnverkehr mußte vorübergehend gesperrt werden. In wenigen Minuten war die ganze Stadt in Bewegung geraten. Immer wieder erklang das Deutschland- und das Horst-Wessel-Lied, die Heilrufe nahmen kein Ende, und in Sprechchören verlangte die Menge den Führer zu sehen.

Als dann der Wagen des Führers von der Maximilianstraße zum Rathaus fuhr, war durch die dicht gedrängten Massen kaum ein Vorwärtskommen. Aus allen Fenstern wurden Tücher und Fahnen geschwenkt. An den Laternenpfählen und Gitterfenstern hatte sich die begeisterte Jugend festgeklammert und am Augustusbrunnen brachen fast die Figuren unter der Last der Menschen.

Der Führer besichtigte den Goldenen Saal des Rathauses, den Stolz der Stadt Augsburg, sowie die Fürstenzimmer, und trug sich in das Goldene Buch der Stadt ein. Unter immer neuen Heilrufen verließ schließlich Adolf Hitler die Stadt. Nur schwer konnte sich der Wagen, in dem der Führer mit erhobener Hand stand, den Weg durch die begeisterten Massen der Augsburger bahnen.

Stuttgart, 19. März. Am Dienstag abend um 18.30 Uhr traf der Führer und Reichskanzler Adolf Hitler, begleitet von seinem engeren Stabe, im Kraftwagen hier ein und ist im Hospiz Viktoria abgestiegen. Auf der Fahrt von Augsburg nach Stuttgart wurde der Führer überall, wo er erkannt wurde, begeistert begrüßt. Obwohl von seinem Besuch in Stuttgart nichts bekannt war, verbreitete sich die Nachricht von seiner Ankunft wie ein Lauffeuer und in kurzer Zeit strömten Tausende von Volksgenossen vor dem Hospiz Viktoria zusammen, um den Führer zu sehen. Nach kurzer Zeit mußte der Platz von Polizei und SS.-Männern abgesperrt und der Verkehr geregelt werden. Immer wieder brausten die Sprechchöre, besonders aus den Kehlen der Stuttgarter Jugend, zu den Fenstern und jedesmal, wenn der Führer sich am Fenster zeigte, stieg ein unermeßlicher Jubel zu ihm empor. Die Volksgenossen, die sich in immer stärkeren Massen in der Straße ansammelten, wurden nicht müde, immer wieder den Führer zu bestürmen. Besonders war die Stuttgarter Jugend findig in immer neuen Sprechchören, mit denen sie den Führer ans Fenster zu locken bestrebt war. Unter diesen Sprechchören war auch der: „Lieber Führer, sei so nett, zeig' Dich mal am Fensterbrett!" Erst in den späten Abendstunden verlief sich die Menge.

Der Führer und Reichskanzler wird die Nacht über in Stuttgart bleiben.

Panzerschiff „Deutschland" begegnet KdF.-Flotte

An Bord des KdF.-Schiffes „Der Deutsche", 19. März. Bei herrlichem Wetter passierte am Dienstag nachmittag das Panzerschiff „Deutschland" die KdF.-Flotte. Die Besatzung der „Deutschland" nahm Parade-Aufstellung und unter großer Begeisterung wurden auf allen Schiffen die deutschen Nationalhymnen gespielt. Der Signal-Austausch „Gute Fahrt!" beschloß die begeistert aufgenommene Begegnung.

Deutsche Wehrpflicht

DNB. **Berlin**, 20. März. Als erste deutsche Zeitung veröffentlicht der „Völkische Beobachter" folgenden grundlegenden Aufsatz des Richswehrministers Generaloberst von Blomberg über die am 16. März verkündete deutsche Wehrpflicht:

Als der Führer und Reichskanzler am 16. März 1935 die Wahrung der deutschen Ehre und die Sicherheit des Reiches wieder in die Hand des deutschen Volkes selbst legte, geschah das als Abschluß einer Entwicklung, die sich vor aller Oeffentlichkeit des In- und Auslandes in selbstverständlichem Ablauf vollzogen hatte und daher für niemand eine Ueberraschung bedeuten konnte. Diese Entwicklung wurde von zwei verschiedenen Seiten her maßgebend bestimmt: Einmal hatte sie ihre Grundlage in der gesunden Kraft eines trotz Kriegsverlustes und Zusammenbruches in seinem inneren Kern ungebrochenen Volkes, das nicht bereit war, auf die freie Gestaltung seines eigenen Lebens zu verzichten. Von der anderen Seite her kam der würgende Druck eines einseitigen Diktatfriedens, dessen Anspruch durch das Ausbleiben der verbrieften Gegenleistung von Jahr zu Jahr fragwürdiger wurde und damit immer herabsetzender empfunden werden mußte. Ein Volk, das im Kriege gegen eine Welt sein Ehre behauptet hatte, fand für die heranwachsende Generation die Tore zum Waffendienst verschlossen. Rings um die Verbotstafeln, die das kleine Berufsheer eines uns aufgezwungenen Wehrsystems umgaben, wuchs der Wunsch der Ausgeschlossenen und steigerte sich zur politischen Tat. Er wurde damit zu einem Anspruch des ganzen Volkes, der bald nicht mehr zu überhören war. Ein neues Deutschland entstand und brach sich Bahn durch Schwäche und Verzicht hindurch. Im Reich Adolf Hitlers gewann es lebendige Gestalt. Es wäre falsch, die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht, in der dieses Streben jetzt seine Erfüllung gefunden hat, für ein Ereignis zu halten, das in erster Linie die Wehrmacht und ihre Interessen berührt. In keinem anderen der großen Länder ist der Gedanke Scharnhorsts, daß alle Bewohner des Staates seine geborenen Verteidiger sind, in einer jahrhundertelangen Geschichte so im Herzen und Bewußtsein des ganzen Volkes verwurzelt, wie in Deutschland. Das hat seinen besonderen Grund. Man kann ein Volk nur aus seinem geschichtlichen Werden und den Gegebenheiten seiner Grenzen und Landschaft begreifen. Die Wehrverfassung eines Staates ist letzten Endes nicht das Ergebnis eines freien Entschlusses, der willkürlich so oder so gefaßt oder abgeändert werden kann, sondern sie muß in innerem Einklang stehen mit den nationalen und sozialen Voraussetzungen, sie wächst heraus aus den Kräften der Rasse und des Blutes, die in ihr zur lebendigen Wirksamkeit gelangen. Der Uebergang von dem im Waffenhandwerk vollendet ausgebildeten Berufskämpfer zum Soldaten der alle erfassenden Wehrpflicht entspricht so dem innersten Wesen des deutschen Menschen, der sich stets als der geborene Verteidiger seines Volkes und Landes gefühlt hat. Für ihn war es auf die Dauer ein unerträglicher Zustand, dieses vornehmste Recht des freien Mannes einer Minderheit überlassen zu müssen, mochte sie durch Uebung und Auslese dazu noch so berufen sein. Im Zeitalter der sich immer noch steigernden technischen Entwicklung und der zunehmenden Verfeinerung der Waffe und ihrer Bedienung aber bedeutet die Rückkehr zum kürzer dienenden Soldaten der allgemeinen Wehrpflicht ein klares Bekenntnis, das durch kein Urteil, mag es noch so voreingenommen sein, wirksam entkräftet werden kann: Deutschland beweist damit — durchaus im Sinne der früher an uns gestellten Forderung nach Umgestaltung des Berufsheeres — daß es im Waffendienst seiner wehrfähigen Mannschaft nur das Mittel sieht zur Verteidgung seiner Grenzen und seines Lebensraumes.

Hinzu kommt, daß das deutsche Volk in der Wehrpflicht stets die durch nichts zu ersetzende Schule der Nation gesehen hat die Schule der Disziplin, der Kameradschaft und der praktischen Volkgemeinschaft. In ihr wurde der Charakter der jungen Generation geformt. Und zwar blieben ihre Auswirkungen nicht auf die Dienstzeit selbst beschränkt, sondern setzten sich in allen Berufen und Lebensaltern befruchtend fort. Wir haben ihr Fehlen in den Jahren nach dem Zusammenbruch bitter erfahren müssen. Dem deutschen Volke wäre manches erspart geblieben, manche Entwicklung hätte einen anderen Gang genommen, wenn die straffe Schule des Dienstes in der Wehrmacht sich in weiteren Kreisen hätte auswirken können. Die damalige art sie hindrängte, verschlossene Türen fand, suchte sie sich ihre eigenen Wege. Damit ging ein Teil von ihr der Zukunft und junge Generation hat an diesem Mangel selbst schwer gelitten. Ihre innere Zerrissenheit im rückliegenden Jahrzehnt hatte hier ihren letzten Ursprung. Die gesunde Jugend will das Recht haben, in freier Entfaltungsmöglichkeit in den Staat hineinzuwachsen, den sie einst tragen soll. Da sie dort, wo ihre Wesensdem Staat verloren, der ihr männliches Sehnen nicht begriff oder ihm nicht Rechnung zutragen vermochte.

Heute öffnen wir unsere Tore weit. Die kommende Generation wird sich der Rechte zur Waffe, die ihm das neue Deutschland wiedergegeben hat, dem Geist ihrer Väter wert erweisen. Sie wird in der Wehrmacht eine Pflegestätte nationalsozialistischen Geistes und echter Volksgemeinschaft finden. Eine Wehrmacht kann stark und geschlossen nur auf dem Boden des Volkes wachsen, dem sie entstammt und der sie trägt. Sie ist nicht denkbar ohne engste innere Verbundenheit mit den Kräften und Ideen, die in der Gesamtheit des Volkes wirksam sind. Daher bedeutet die Rückkehr zur allgemeinen Wehrpflicht keineswegs ein Rückwärtsdrehen der Entwicklung auf irgendeinem Gebiet. Die Wehrmacht dient der Gegenwart und fühlt sich als Wegbereiter am Werk der deutschen Zukunft. Sie sieht den Sinn der Tradition, die sie als verpflichtendes Erbe trägt, im Geist der gleichen Pflichterfüllung. Die Dienstpflicht, die wieder alle umfassen soll, wird auf der Grundlage der Anschauungen des Nationalsozialistischen Staates aufgebaut werden. Sie wird keine Privilegien mehr kennen. Höhere Bildung gibt nicht mehr wie einst das Recht zu einer Abkürzung der Dienstzeit. Lediglich Charakter und Leistungen sollen, wie bereits in den „Pflichten des deutschen Soldaten" ausgesprochen worden ist, den Weg und Wert des Einzelnen bestimmen.

So steht die deutsche Wehrmacht heute an einem entscheidungsvollen Einschnitt ihrer Entwicklung. Der mannhafte Entschluß des Führers hat die Bahn freigemacht zu der wahren Erfüllung des Wortes, das noch die Unterschrift des verehrten Generalfeldmarschall Reichspräsidenten trägt: Der Dienst in der Wehrmacht ist Ehrendienst am deutschen Volk. Das höchste Gut des Staates, die junge waffenfähige Mannschaft, wird wieder durch ihre Schule der Wahrhaftigkeit gehen. Ich weiß, daß sich die Wehrmacht des in sie gesetzten Vertrauens weiter würdig erweisen wird, getreu ihrem Eide, der sie an Adolf Hitler, den Schöpfer und Führer des neuen Deutschlands, auf Leben und Tod bindet.

Die englische Note

Berlin, 19. März. Die Note, die der englische Botschafter am Montag nachmittag dem Reichsaußenminister Freiherrn von Neurath überreichte, hat folgenden Wortlaut:

1. Ich beehre mich, Ihnen im Auftrage des königlichen Staatssekretärs für auswärtige Angelegenheiten mitzuteilen, daß sich die königliche Regierung in dem Vereinigten Königreich genötigt sieht, **der deutschen Regierung ihren Protest gegen die von ihr am 16. März verkündete Entscheidung zu übermitteln, die allgemeine Wehrpflicht einzuführen, und den Friedensrahmen des deutschen Heeres auf 36 Divisionen zu erhöhen.** Nach der Bekanntgabe einer deutschen Luftmacht ist eine solche Erklärung ein weiteres Beispiel für eine einseitige Aktion, die, ganz abgesehen von der grundsätzlichen Seite der Frage, geeignet ist, die Unruhe in Europa in ernster Weise zu erhöhen.

2. Der Vorschlag einer englisch-deutschen Zusammenkunft, die in einer Woche stattfinden sollte, ergab sich aus dem Inhalt des englisch-französischen Kommuniques vom 3. [illegible], und der deutschen Antwort vom 14 Februar, die durch weitere Besprechungen zwischen der Königlichen Regierung und der deutschen Regierung ergänzt worden sind. Die Königliche Regierung hält es für notwendig, auf den Inhalt dieses Dokumentes besonders hinzuweisen. Das Londoner Kommunique vom 3. Februar stellte einerseits fest, daß vertraglich begrenzte Rüstungen nicht durch einseitige Aktion abgeändert werden können, erklärte aber andererseits, daß die britische und die französische Regierung zu einer allgemeinen Regelung geneigt seien, über die zwischen Deutschland und den anderen Mächten frei verhandelt werden solle. Diese allgemeine Regelung sollte über die Organisation der Sicherheit in Europa nach den in dem Kommunique angegebenen Richtlinien Bestimmung treffen und gleichzeitig Rüstungsvereinbarungen festzulegen, die für Deutschland die einschlägigen Bestimmungen des Teiles 5 des Versailler Vertrages ersetzen sollten. Das Kommunique führte weiter aus, es sei als Teil der ins Auge gefaßten allgemeinen Regelung anzusehen, daß Deutschland seine aktive Mitgliedschaft in dem Völkerbund wieder aufnehme und sicherte schließlich den Inhalt eines Luftpaktes zwischen den Locarnomächten, der als Abschreckungsmittel gegen Angriffe wirken und Sicherheit vor plötzlichen Luftüberfällen gewährleistet sollen

3. Die Antwort der deutschen Regierung zehn Tage später begrüßte den Geist freundschaftlichen Vertrauens, den das englisch-französische Kommunique zum Ausdruck brachte und stellte in Aussicht, daß die deutsche Regierung die in dem ersten Teil des Londoner Kommuniques enthaltenen Fragen einer eingehenden Prüfung unterziehen werde. Sie bemerkte zustimmend, daß der in dem Kommunique zum Ausdruck gebrachte Geist freier Verhandlungen zwischen souveränen Staaten allein zu dauerhaften internationalen Regelungen auf dem Gebiet der Rüstungen führen könne. Im besonderen begrüßte sie den Vorschlag über einen Luftpakt! Die deutsche Antwort endete mit der Erklärung, daß die deutsche Regierung vor Eingehen auf die vorgeschlagenen Verhandlungen es für erwünscht

halte, in besonderen Besprechungen mit den in Frage kommenden Regierungen eine Anzahl von grundsätzlichen Vorfragen zu klären. Zu diesem Zweck lud sie die königliche Regierung ein, mit der deutschen Regierung in einen unmittelbaren Gedankenaustausch einzutreten.

4. Da die königliche Regierung sich vergewissern wollte, daß hinsichtlich des Umfanges und des Zweckes der vorgeschlagenen englisch-deutschen Unterhaltung kein Mißverständnis bestehe, richtete sie am 21. Februar an die deutsche Regierung eine weitere Anfrage, auf die diese am folgenden Tage antwortete. Das Ergebnis war eine endgültige Uebereinstimmung zwischen den beiden Regierungen, daß der Zweck der beabsichtigten Zusammenkunft sein sollte, die Unterhaltung über alle in dem englisch-französischen Kommunique behandelten Fragen ein Stück weiterzuführen. Auf dieser Basis hat sich die königliche Regierung darauf vorbereitet, den von der deutschen Regierung vorgeschlagenen Besuch in Berlin auszuführen.

5. Was ins Auge gefaßt war, war also „eine allgmeine frei zwischen Deutschland und den anderen Mächten auszuhandelnde Regelung" und „Vereinbarungen über Rüstungen, die für Deutschland die Bestimmungen von Teil 5 des Versailler Vertrages ersetzen sollten". Dies ist stets das Ziel der Politik der königlichen Regierung gewesen, und auf die Erreichung des Zieles hat diese alle ihre Bemühungen in Genf und sonstwo gerichtet; aber das Zustandekommen einer umfassenden Einigung, die auf Grund allgemeiner Uebereinstimmung an die Stelle der Vertragsbestimmungen treten soll, kann nicht erleichtert werden, wenn man jetzt als eine bereits getroffene Entscheidung Heerespersonalstärken bekanntgibt, die alle seither in Vorschlag gebrachten erheblich überschreiten, überdies Stärken, die falls sie unverändert aufrecht erhalten werden, die Einigung mit anderen ebenfalls stark beteiligten Mächten schwieriger, wenn nicht unmöglich machen müssen.

6. Die königliche Regierung wünscht keineswegs, die durch den vorbereiteten Besuch etwa geschaffene Gelegenheit, ein allgemeines Einvernehmen zu fördern, unbenutzt vorübergehen zu lassen. Aber unter den neugeschaffenen Umständen hält sie es vor der Ausführung dieses Besuches für nötig, die deutsche Regierung auf die obigen Gesichtspunkte aufmerksam zu machen. Sie wünscht darüber Gewißheit zu haben, daß der deutschen Regierung das Zustandekommen des Besuches mit dem Umfang und Ziel der Unterhaltung wie früher verabredet, so wie es oben in Absatz 4 ausgeführt ist, noch erwünscht ist.

* * *

Hierzu teilt DNB. mit: Man wird nicht fehl gehen in der Annahme, daß der Reichsminister gegenüber den Einwendungen der englischen Regierung zu dem Gesetz vom 16. März ds. Js. die abweichende Stellungnahme der Reichsregierung geltend gemacht hat. Deutschland ist bekanntlich nicht bereit zuzugestehen, daß der Teil 5 des Versailler Vertrages, der auch das Abrüstungsversprechen der anderen Mächte enthielt, einseitig von Deutschland verletzt worden ist. Selbst nachdem die interalliierte Kontrollkommission die völlige Entwaffnung Deutschlands festgestellt und Deutschland verlassen hatte, haben hieraus die anderen Mächte nicht die notwendigen Folgerungen gezogen, alsbald selbst zu Abrüstungsmaßnahmen zu schreiten. Sie sind mit dieser ihrer Verpflichtung nicht nur selbst seit Jahren in Verzug geblieben, sie haben vielmehr fortgefahren, ihre Rüstungen zu vermehren und zu vervollkommnen. Dies läuft letzten Endes auf eine Verletzung der Grundlagen des Teiles 5 des Versailler Vertrages durch die Verfasser selbst hinaus. Die Maßnahme vom 16. März schafft daher erst die rechte Grundlage, auf der die kommenden Besprechungen frei von den bisher auf Grund der deutschen Diskriminierung bestehenden Belastungen und Hemmnisse unter voller Berücksichtigung der Sicherheit aller zu einem Erfolg führen können.

*

„Simons Besuch eine Erkundungsfahrt"

Englische Pressestimmen zur Lage

London, 19. März. Die Londoner Presse befaßt sich eingehend mit der britischen Note und der deutschen Antwort. Aeußerungen der Zufriedenheit über die Haltung Deutschlands werden dabei allerdings meist von Vorbehalten begleitet „Times" unterstreicht den britischen Einspruch gegen eine einseitige Abänderung eines vielseitigen Vertrages aus grundsätzlichen Erwägungen heraus, gibt aber zu, daß „mildernde Umstände" im Falle eines Vertrages vorhanden seien, der einer der Parteien aufgezwungen werde. Was die deutsche Heeresstärke betreffe, so sei es klar, daß Frankreich und nicht nur Frankreich sich mit einer starken militärischen Ueberlegenheit Deutschlands nicht einverstanden erklären könne. Simons Besuch in Berlin werde somit den Charakter einer Erkundungsfahrt im Namen Großbritanniens haben. Dennoch seien Ergebnisse möglich, die schließlich wertvoll sein könnten. Gegenwärtig seien die amtlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich gespannt. Aber wie Hitler wiederholt gesagt habe, liege kein greifbarer Grund zum Streit zwischen den beiden Ländern vor, und es seien Zeichen vorhanden, daß die Gegensätze nicht allgemein seien. „Times" drückt die Hoffnung aus, daß der harmonische Verlauf des deutsch-französischen Fußballwettspiels am letzten Sonntag ein gutes Vorzeichen sein möchte.

„Daily Telegraph" gibt der Hoffnung Ausdruck, daß Deutschlands „gewaltsame Geste" nicht ein Zuschlagen der Tür zu Verhandlungen bedeute. „Morningpost" ergeht sich in einer Polemik über den „herausfordernden Aufruf" vom Samstag, fügt aber hinzu, Simon habe trotzdem beschlossen, nach Berlin zu gehen. Der Besuch werde nicht vergeblich sein, wenn er dazu beitrage, von den Deutschen eine etwas zusammenhängende Deutung ihrer Absichten zu erhalten. Wenn Deutschland in trotziger Isolierung bleiben wolle, dann gebe es für die anderen Mächte keine andere Wahl, als die Vereinbarung gemeinsamer Sicherheitsmaßnahmen und Deutschland werde für diese „Einkreisung" nur sich selbst zu danken haben.

„Daily Mail" vergleicht die jetzige Lage mit der von 1871, wo die russische Regierung erklärte, daß sie sich an die Einschränkungen des Pariser Vertrages von 1856, die sich auf die russischen Seerüstungen im Schwarzen Meer bezogen, nicht mehr für gebunden halte. Die einzige Folge sei damals ein milder britischer Protest gewesen. Man habe sich gesagt, daß sich die ganze europäische Lage verändert habe und daß der 15 Jahre alte Vertrag nicht mehr zeitgemäß sei. Dies sei offenbar auch der Standpunkt Hitlers bezüglich des Versailler Vertrages. Wenige gerecht denkende Kritiker würden leugnen, daß einige Abänderungen dieses Vertrages notwendig geworden seien und daß eine große Nation nicht dauernd in Fesseln gelegt werden könne. „Daily Expreß" tritt wieder dafür ein, daß Großbritannien eine Politik bewaffneter Isolierung betreiben solle. Im Arbeiterblatt „Daily Herald" heißt es u. a., Antworten Deutschlands auf die Fragen, die Simon in Berlin stellen werde, würden für den Frieden und damit für die Zukunft Deutschlands und ganz Europas entscheidend sein.

*

Französische Mißstimmung

über Englands Haltung

Paris, 19. März. In der Pariser Presse verhehlt man nicht eine gewisse Mißstimmung über den Beschluß des englischen Kabinetts, Sir John Simon doch nach Berlin zu entsenden. Die Blätter sehen sich zu der Feststellung gezwungen, daß durch diese Haltung eine gemeinsame Protestaktion der drei Mächte England, Frankreich und Italien unmöglich geworden ist und man versucht sich damit zu trösten, daß zwischen Paris und Rom in der nunmehr einzunehmenden Haltung volle Meinungsübereinstimmung bestehe.

Der Außenpolitiker des „Echo de Paris" spricht von einer englischen Kapitulation, auf die man in Paris nicht gefaßt gewesen sei und die hier Ueberraschung und Ratlosigkeit ausgelöst habe. Der Außenpolitiker des „Journal" erklärt, unter diesen Umständen könne natürlich von einem gemeinsamen feierlichen Protest keine Rede mehr sein.

Es stehe außerdem mit Sicherheit fest, daß die Verhandlungen, die der englische Außenminister in Berlin führen werde, unter ganz entgegengesetzten Bedingungen erfolgten als die, die ursprünglich zwischen Frankreich und England beabsichtigt worden seien.

Das „Oeuvre" ist etwa der gleichen Auffassung und fügt hinzu, daß man der französischen Regierung sicherlich nicht die Schuld in die Schuhe schieben dürfe, wenn das Reichsgesetz über die Wiedereinführung der Wehrpflicht sich immer mehr zu einem ausgesprochenen diplomatischen Erfolg gestalte.

Der halbamtliche „Petit Parisien" drückt sich zwar sehr vorsichtig aus, verhehlt aber ebenfalls nicht seine Mißstimmung über die Haltung Englands. Das Londoner Kabinett sei zu seiner Stellungnahme wahrscheinlich durch die Haltung eines Teiles der öffentlichen Meinung veranlaßt worden. Frankreich habe aber keine Veranlassung, diesen Standpunkt zu teilen. Frankreich, das mehr als jedes andere Land durch die Wiederherstellung einer deutschen Militärmacht berührt werde, werde sich jedenfalls nicht mit einem harmlosen Protestschritt begnügen.

Laval berichtet Lebrun.

DNB. **Paris,** 19. März. Außenminister Laval hat sich Dienstag nachmittag ins Elysée begeben und dem Präsidenten der Republik, Lebrun, über die Verhandlungen berichtet, die auf Grund der Wiedereinführung der Wehrpflicht in Deutschland geführt werden.

*

Noch keine französische Entscheidung

Paris, 19. März. Die französische Regierung hat noch keinen Beschluß über ihre endgültige Haltung gegenüber der von der Reichsregierung bekanntgegebenen Wiedereinführung der Wehrpflicht gefaßt. Ministerpräsident Flandin hatte eine längere Unterredung mit Kriegsminister Maurin und anschließend mit dem Staatspräsidenen. Außenminister Laval empfing in den Abendstunden den englischen Geschäftsträger in Paris, der ihm den Wortlaut der englischen Note an die Reichsregierung übermittelte. Der Meinungsaustausch mit der italienischen Regierung wird auf diplomatischem Wege fortgesetzt. In gut unterrichteten Kreisen erklärt man, nachdem die englische Regierung nunmehr den vorgesehenen Protestschritt unternommen habe, werde die französische Regierung durch ihren Botschafter in Berlin einen Schritt im gleichen Sinne unternehmen lassen. Es habe auch den Anschein, als ob die italienische Regierung in ähnlicher Form gegen den Beschluß der Reichsregierung vorgehen werde. Außenminister Laval werde gelegentlich des am Mittwoch stattfindenden Ministerrats einen genauen Ueberblick über die internationale Lage geben, wie sie sich nach dem deutschen Beschluß darstelle. Er werde mit den übrigen Ministern die Haltung prüfen, die die französische Regierung nunmehr einnehmen werde, und entsprechende Richtlinien aufstellen. Erst gelegentlich dieses Ministerrats sollen die Einzelheiten des beabsichtigten Schrittes festgelegt werden, den der französische Botschafter in Berlin unternehmen solle. Inzwischen, so erklärt man, werde der Meinungsaustausch zwischen Paris, London und Rom fortgesetzt.

*

Französisch-englisch-italienische Fühlungnahme wegen der deutschen Wehrpflicht

DNB. **Paris,** 20. März. In gewöhnlich gut unterrichteten Kreisen verlautete am Dienstag spät abends, daß die französische Regierung am Samstag ihre Botschafter in London und Rom angewiesen hatte, einen Protest Frankreichs, Englands und Italiens in Berlin gegen die Einführung der Wehrpflicht vorzuschlagen und dann eine Fühlungnahme untereinander vorzunehmen. Nachdem England bereits durch seine Note gegen die Wehrpflicht in Deutschland Stellung genommen habe, verhandle man zwischen Paris, London und Rom jetzt nur noch über die Fühlungnahme. Die römische Regierung habe von Anfang an ihre Uebereinstimmung mit den Ansichten des Pariser Kabinetts erklärt. Anfänglich habe man an eine Zusammenkunft der drei Außenminister Englands, Frankreichs und Italiens in einer norditalienischen Stadt gedacht, damit Mussolini selbst an der Begegnung teilnehmen könne. Dieser Plan sei jetzt aber wahrscheinlich geändert worden, weil für eine solche Zusammenkunft in Norditalien vor der Berliner Reise der englischen Minister kaum die Zeit reiche. Es könnte daher eine Zusammenkunft in Paris in Frage kommen, bei der Italien durch Baron Aloisi und England, falls Sir John Simon unabkömmlich sei, durch Eden vertreten würden. Feste Beschlüsse über eine solche Zusammenkunft seien aber noch nicht gefaßt.

*

Einführung der zweijährigen Dienstzeit in Frankreich bereits im April?

Paris, 19. März. „Ordre" glaubt zu wissen, daß verschiedene Mitglieder des Heeresausschusses der Kammer, der wie üblich am Mittwoch zusammentritt, angesichts der Wiedereinführung der Wehrpflicht in Deutschland **die sofortige Verabschiedung eines Gesetzesvorschlages** fordern werden, wonach die im April d. J. freiwerdenden **Rekruten noch weiter unter den Fahnen belassen** werden. Außerdem soll der Antrag gestellt werden, die zweijährige Militärdienstzeit bereits auf die im April einzuziehenden Rekruten anzuwenden.

Änderung im Hause Tiebruck

Roman von Christel Broehl-Delhaes

Copyright by Karl Köhler & Co., Berlin-Zehlendorf.

50

(Nachdruck verboten.)

Kamilla wartete klopfenden Herzens, bis das Mädchen längst wieder unten war. Sie wartete sogar noch viel länger, als dürfe sie nicht gesehen werden, wenn sie das Zimmer der Eltern betrat. Leise und scheu wie eine Diebin betrat sie den kühlen, dämmerigen Raum, vor dessen Fenstern der Sonnenhitze wegen die Jalousien herabgelassen waren. Ihre Finger durchwühlten die Briefe und Karten. Nichts von Horst, nein, es war nichts dabei. Mutlosigkeit schlug wie ein Meer über ihr zusammen. Sie war ihm gleichgültig geworden, es lag ihm nichts an ihren Nöten. Sie hätte schreien mögen. Sie kam sich beschmutzt, geschändet und verraten vor, sie fühlte sich unsagbar erniedrigt. Ihre Gestalt war schwer, und in ihrem Kopf surrte es von tausend sich überstürzenden Gedanken. So überhörte sie ganz, daß es an die Tür klopfte. Das Mädchen trat noch einmal ein, und Kamilla fuhr herum, als habe sie keine Berechtigung, hier zu weilen. Aber das Mädchen lieferte nur mit sanftem Lächeln ein Telegramm ab, das soeben angekommen war.

Da stand Kamilla und hielt das Telegramm in den Händen, das den Poststempel ihrer Heimatstadt trug. Natürlich war das Telegramm von Horst. Und sie hatte ihm schon so schmählich unrecht getan. Er würde viel Arbeit gehabt haben, daß er nicht schrieb. Nun würde er als Antwort auf ihren Brief selbst kommen. Ob dieses Telegramm ihn anmeldete? Man konnte doch nicht annehmen, daß er an den Vater kabelte: „Bitte Sie umgehend um die Hand Ihrer Tochter!" Nein, das ging doch nicht. Kamilla brach in ein glückliches, aber exaltiertes Lachen aus. Alles würde sich so richtig aufklären. Schließlich war sie doch nicht irgendwer, sondern die Tochter Gerold Tiebrucks. Hatte sie denn keinen anderen Vorzug mehr, als die „Tochter Tiebrucks", eines berühmten Mannes, zu sein? War das alles? Gab es nichts, daß sie um ihrer selbst willen geliebt wurde?

Das Telegramm brannte in ihren Händen. Es war so lose geschlossen. Sicher konnte man es ohne Mühe öffnen und wieder zukleben. Schließlich ging es doch in erster Linie auch sie an, was in dem Telegramm stand. Ihre Finger nestelten geschickt. Da, da lag es vor ihr, aber die wenigen Worte enthielten keine Silbe über sie. Da stand nur in nüchternen, kühlen Worten:

„Kinderlähmungsausbruch in der Klinik! Erbitte Erlaubnis zur Schutzimpfung. Alk."

Kamilla las die Worte so oft, bis sie sich ihrem Hirn eingehämmert hatten. Natürlich, er schrieb nichts von ihr, er konnte auch nicht kommen; er hatte jetzt ganz andere Dinge im Kopf. Er trug Verantwortung und stand seinen Mann. Sie war stolz auf ihn, ja, ihre Liebe flammte mit der alten Zauberhaftigkeit auf. Und warum schaffte er letzten Endes so sehr? Geschah es nicht um sie? Hatte er nicht gesagt: Wenn ich das Serum finde, heiraten wir. Ja, so hatte er gesagt. Und sie glaubte ihm wieder. Er hatte das Serum gefunden. Vater schätzte ihn. Er hatte wiederholt von Alk als dem fähigsten Nachwuchs unter den jungen Medizinern gesprochen. Das war der Weg. Wie ein Wink des Schicksals war dieses Telegramm. Ohne zu wissen, was sie tat, zerriß sie das Telegramm in tausend kleine Fetzchen und steckte es in ihre Tasche, um sie später auf der Straße wegzuwerfen. Dann machte sie sich auf zur Post und antwortete Alk mit einem Telegramm folgenden Inhalts:

„Alles versuchen! Tiebruck."

Sie hatte kein Gefühl für das, was sie tat. Es kam ihr nicht zum Bewußtsein, daß sie ein folgenschweres Unrecht beging. Hätte sie auch nur im entferntesten geahnt, was sie ihrem geliebten Vater damit tat, sie wäre eher ins Wasser gegangen, als Alk dieses Telegramm zu senden.

* * *

Dann nach etwa zehn weiteren Tagen wurde Professor Tiebruck vom Gericht aufgefordert, sofort in seine Heimatstadt zurückzukehren. Er war angeklagt, seinem Assistenten und teilweisen Vertreter, Horst Alk, zu weitgehende Vollmachten gegeben zu haben.

Als Tiebruck dieses Schreiben im engen Kreise vorlas, erblaßte Maria; Kamilla aber starrte aus weitgeöffneten Augen in des Vaters eisernes Gesicht, dann neigte sie sich seitwärts und fiel lautlos ohnmächtig vom Stuhl. Niemand ahnte den wahren Grund dieser Ohnmacht. Kamillas Nerven waren sehr mitgenommen gewesen, und die plötzliche Nachricht von Tiebrucks Vorladung vor das Gericht hatte sie einfach über die Maßen entsetzt. Maria glaubte sogar, noch annehmen zu müssen, daß Kamilla um Alk bangte. Sie selbst fürchtete keinen Augenblick für Tiebruck. Sie wußte, daß er keine Vollmacht gegeben hatte, die er nicht verantworten konnte; es mußte sich in diesem Falle um eine Eigenmächtigkeit Alks oder um einen Irrtum handeln. Mit großer Umsicht und Ruhe packte sie die Koffer. Am nächsten Morgen — Kamilla hatte sich wieder leidlich erholt — reisten sie ab. Sie sagten dem herrlichen Ort des Friedens nur ungern und schmerzlich Lebewohl.

*

Die Zeitungen waren voll von Artikeln, jeden Tag brachten sie auf der ersten Seite spaltenlange Berichte über die Gerichtsverhandlungen, über den sensationellen Fall Tiebruck-Alk. Und noch einen dritten Namen nannte man im Zusammenhang mit dieser interessanten Sache: Rechtsanwalt Doktor Westpfahl als Vertreter der Kläger. Kläger waren aber die Eltern der Kinder, die an der von Doktor Alk vorgenommenen Schutzimpfung gegen die spinale Kinderlähmung elend zugrunde gegangen waren.

Maria dünkte es, daß dieser Fall der schwerste war, den sie in ihrer Ehe zu durchkämpfen hatte, und für den sie siegen mußte. Es war ihr gelungen, den kleinen Alf damals vom Tode zu erretten, sie hatte es vermocht, Georg und Günter wieder auf den rechten Weg zu bringen; endlich war ihr auch Kamillas sprödes, scheues Herz erschlossen worden. Nun ging es um die Ehre des geliebten Mannes.

Mit einem widerlichen Gefühl hörte sie von Erwin Westpfahls Beteiligung an diesem Prozeß. Mochte Westpfahl tausendmal ein ordentlicher und tüchtiger Rechtsanwalt sein, ein vornehmer Mensch war er nicht, konnte er nicht sein, weil er es fertig brachte, sich so lächerlich offen zu rächen. Seine Anklage troff von Feindseligkeit und Haß. Man spürte, es war ihm eine Wonne, endlich auch nach diesem bisher ganz unangetasteten Manne greifen zu können.

Maria sah auch noch mehr, sah, wie Tiebruck litt, weil er in seinen Hoffnungen und Erwartungen grenzenlos getäuscht war. Er hatte gehofft, sich einen Nachfolger zu erziehen; mit diesem einen Male war alles zu Ende.

Tiebrucks Verteidiger, ein glänzender Redner und kluger Mensch, stellte den Professor als einen Arzt von Verantwortungsgefühl und unantastbarer Gesinnung dar. Er brachte es ganz entschieden in Abrede, daß Tiebruck seinem Assistenten, selbst wenn dieser seine „rechte Hand" war, Vollmachten zur Ausführung von Versuchen, von denen er selbst nicht vollkommen überzeugt sei, gegeben haben könne.

Alk, für den alles auf dem Spiel stand, kämpfte um sein Leben. Er wußte nur zu gut, daß seine ganze medizinische Zukunft gefährdet war, wenn er jetzt verurteilt wurde, und er schämte sich nicht, seinen Lehrer und Führer, den Menschen, der in uneigennütziger Weise soviel für ihn getan, an den Pranger zu stellen und sich selbst reinzuwaschen. Und Erwin Westpfahl unterstützte ihn.

Westpfahl sah Maria unter den Zuschauern. Ihr weißes, durch den Schmerz noch mehr durchgeistigtes und darum verschöntes Gesicht griff ihm in einer Weise ans Herz, daß er sekundenlang nicht zu atmen wagte. Was er Tiebruck antat, tat er auch ihr. Wenn er je gezweifelt hatte, daß Maria ihren Gatten aus wirklicher Liebe geheiratet hatte, so wußte er jetzt die Wahrheit. Dieser Prozeß um Tiebruck traf sie mitten ins Herz. Sein erster Impuls war der: Zurücktreten. Aber schon der zweite Gedanke überwucherte den ersten: ihn einmal klein und erniedrigt sehen, der allezeit so turmhoch über ihm gestanden hatte!

Von neuem stand Tiebrucks Bild in allen Zeitungen. Man brachte aber auch Horst Alks Bild. Man veröffentlichte Westpfahl, der sich wiederum mit seiner Anklage einen Namen machte.

(Fortsetzung folgt.)